

Startchancen für alle Jugendlichen – zwanzig Empfehlungen zur Bewältigung der Ausbildungs- und Beschäftigungskrise

32 unabhängige Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und sozialer Praxis haben sich zu einem überparteilichen Forum „Jugend – Bildung – Arbeit“ zusammengeschlossen und ein Memorandum mit Empfehlungen zur Überwindung der Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit junger Menschen erarbeitet, das am 26. Juni 1998 in Berlin dem Bundespräsidenten übergeben wurde. Die Forumsglieder sind überzeugt, daß die Ausbildungs- und Beschäftigungskrise bewältigt werden kann – nicht jedoch mit den bisherigen Maßnahmen und Appellen. Auch eine verbesserte Konjunktur und ein demographisch bedingter Rückgang der jährlichen Bewerberzahl (vom Jahr 2005 an) werden die Probleme nicht lösen. Strukturelle Veränderungen im Ausbildungssystem und bei den Fördermaßnahmen sind unumgänglich. Es wurden deshalb zwanzig konkrete, sofort umsetzbare Vorschläge gemacht.

Aus Sicht des Forums sind Jugendprobleme Schlüsselprobleme der Gesellschaft. Ausbildungs- und Chancenlosigkeit für junge Menschen darf es nicht geben und braucht es in einer entwickelten Gesellschaft nicht zu geben. Die öffentliche Verantwortung für die nachwachsende Generation muß Priorität haben.

Jugendarbeitslosigkeit ist zwar Teil der allgemeinen Arbeitslosigkeit, muß aber gesondert betrachtet und behandelt werden. Der Kampf gegen die allgemeine Arbeitslosigkeit darf

gleichwohl nicht nachlassen – er ist eine wichtige Voraussetzung für bessere Chancen auch der jungen Menschen. Das Forum Jugend – Bildung – Arbeit konzentriert sich in seinen Empfehlungen auf jugendspezifische Bereiche, und hier insbesondere auf kurzfristig realisierbare und finanzierbare Maßnahmen.

Nur mit einer aktiven und vorausschauenden Ausbildungspolitik wird die Bundesrepublik Deutschland die Ziele des Europäischen Beschäftigungsgipfels vom November 1997 erreichen. Gefordert wird eine neue Ausbildungspolitik,

- weil sich die seit mehr als einem Jahrzehnt andauernde Arbeitsmarktkrise zunehmend zu Lasten der jungen Generation, ihrer sozialen Integration und ökonomischen Selbständigkeit auswirkt,
- weil die positiven Auswirkungen einer zunehmenden Bildungsbeteiligung von bildungsfernen sozialen Schichten, von jungen Frauen und jungen Ausländern gefährdet sind,
- weil mangelnde Flexibilität und Anpassungsfähigkeit die Innovations- und Zukunftsfähigkeit des Wirtschafts- und Bildungsstandorts Deutschland zunehmend infrage stellen.

Bei seinen Empfehlungen hat sich das Forum von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

1. Es gibt ein Bürgerrecht auf Ausbildung – die Verwirklichung dieses Rechts für alle Jugendlichen ist ein vorrangiges politisches Ziel.
2. Das „duale Prinzip“ in der Berufsausbildung – die gegenseitige Stützung von theoretischem Unterricht und Lernen in der Praxis

– ist bewährt und weiterhin gültig. Das „duale System“ – Ausbildung in Schule und Betrieb – ist jedoch heute an vielen Stellen ergänzungs- und modernisierungsbedürftig.

3. Die festgefügtten Ausbildungsgänge mit ihren Abschlußprüfungen, die man besteht oder nicht besteht, müssen ergänzungsfähig, flexibel und differenzierbar werden, z. B. durch Zusatzqualifikationen oder durch Zwischenzertifikate. Sowohl die im Lernen starken wie auch die im Lernen schwachen Jugendlichen sollten bestmöglichst gefördert werden. Die Verschiedenheit der Begabungen und Ausbildungsschicksale, aber auch die Entstehung immer neuer Anforderungen, machen ein flexibleres System erforderlich.

4. Selbständigkeit und eigene Verantwortung für den Berufs- und Lebensweg werden immer wichtiger. In einem komplexen Ausbildungs- und Erwerbssystem entsteht Selbständigkeit weder durch Alleinlassen noch durch rigide Lenkung. Deshalb ist eine die Jugendlichen begleitende Beratung und Förderung der Selbständigkeit eine der wichtigsten Aufgaben des Bildungs- und Sozialsystems.

5. Alle Beschäftigungs- und Überbrückungsmaßnahmen für Jugendliche sollten Qualifizierungselemente enthalten, die auf eine aufzubauende Qualifikation angerechnet werden können. „Warteschleifen“ und Überbrückung ohne diese Qualität sollte es nicht geben.

Probleme der Jugend und ihrer Arbeits- und Berufschancen müssen im Zentrum der öffentlichen Diskussion stehen. Politik und Verwaltung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die Medien müssen Rechenschaft dar-

über ablegen, was sie für die Ausbildung, die Startchancen und die Integration der Jugendlichen tun wollen und können. Jede neue Bundesregierung muß mit den Ländern und Gemeinden sowie mit den Sozialpartnern umgehend ein Bündnis für Ausbildung beschließen. Das Forum geht davon aus, daß eine umfassende Reform des Bildungssystems kurzfristig politisch nicht realisierbar ist, daß aber durch die Umsetzung der folgenden zwanzig Empfehlungen die bestehenden Probleme deutlich verringert werden können.

Was muß sich ändern? – Struktur und Qualität der Ausbildung

1. **Flexibilisierung**

Flexibilität und Durchlässigkeit des Systems beruflicher Bildung müssen erhöht und die wechselseitige Anerkennung von Qualifikation muß sichergestellt werden.

2. **Modularisierung**

Qualifikationselemente müssen anerkannt, ergänzt und zu vollwertigen Abschlüssen zusammengefügt werden: es soll mehr Transparenz durch einen Qualifizierungspaß geschaffen werden.

3. **Modernisierung**

Alle Ausbildungsgänge bedürfen einer Überprüfung ihrer *Qualität und Arbeitsmarktrelevanz*; es müssen auch weiterhin neue Ausbildungsgänge geschaffen werden.

4. **Bürgerschaftliches Engagement**

Junge Menschen, die sich für die *Gemeinschaft* engagieren, sollten hierdurch nachweisbare und anerkannte Qualifikationen erwerben.

Was schafft Plätze? – Quantität durch Qualität

5. **Ausbildung über Bedarf**

Betriebe, insbesondere solche, bei denen in Zukunft *Arbeitskräftebedarf* entstehen wird, sollten über den gegenwärtigen Bedarf hinaus ausbilden.

6. **Neue Ausbildungsbetriebe**

Betriebe, die der *Ausbildung fernstehen* und deshalb bisher nicht ausbilden, wie z. B. Service-Zentren, Zeitarbeitsfirmen, „Turnschuhunternehmer“ oder Ausländerfirmen, müssen

Ausbildungsbetriebe werden oder zumindest Praktika anbieten.

7. **Ausbau der schulischen Ausbildungsgänge**

Die schulischen Ausbildungsgänge müssen ausgebaut und mit der Praxis beruflicher Arbeit verbunden werden.

8. **Ausbildungsverbünde**

Betriebe, denen die volle *Ausbildungseignung* fehlt, sollten sich zu Ausbildungsverbänden zusammenschließen.

9. **Tarifverträge**

Ausbildungszusagen sollten in *alle Tarifverträge* aufgenommen werden.

10. **Unternehmenskultur**

Ausbildung gehört zur *Unternehmenskultur*, die u. a. auch durch öffentliche Selbstdarstellungen und bei öffentlichen Anhörungen Ausdruck finden sollte.

11. **Subventionierung der Ausbildung**

Die *öffentliche Finanzierung* betrieblicher Ausbildungs- und Praktikumsplätze ist für besondere Gruppen sowie spezifische regionale und betriebliche Problemlagen für begrenzte Zeit notwendig.

Was hilft den Jugendlichen? – Sozialpolitische Aspekte

12. **Chancengerechtigkeit**

Alle jungen Bürgerinnen und Bürger sollen eine Ausbildung erhalten, die *ihrer Qualifikation und Motivation* entspricht.

13. **Ausbildungsvorbereitung**

Jugendliche, die aufgrund von Bildungs- und Sozialisationsdefiziten eine Ausbildung nicht aufnehmen können, bedürfen einer gezielten *Ausbildungsvorbereitung*: die hierbei erworbenen Qualifikationen sollten zertifizierbar und anrechenbar werden.

14. **Förderung während der Ausbildung**

Die berufliche Erstausbildung von Jugendlichen mit ungünstigen bildungsmäßigen oder sozialen Voraussetzungen bedarf *besonderer Förderung* und muß zu *anerkannten Ausbildungsabschlüssen* führen.

15. **„Zweite Chance“ zum Berufsabschluß**

Junge Menschen, die den Übergang in eine Ausbildung nicht geschafft oder eine Ausbil-

dung abgebrochen haben, müssen eine „zweite Chance“ erhalten. *Junge Menschen ohne Ausbildung sollte die Chance eines Abschlusses aufgrund ihrer Erwerbsarbeit gegeben werden.*

16. **Jugendberufshilfebetriebe**

Jugendberufshilfebetriebe sind ein wesentlicher Qualifizierungsbeitrag benachteiligter Jugendlicher, ihr Ausbau sollte gefördert werden.

17. **Ausländische Jugendliche**

Die berufliche Bildung ausländischer Jugendlicher ist für ihre Integration in den Arbeitsmarkt dringend erforderlich; sie leistet einen wichtigen Beitrag zur *sozialen Integration* junger Ausländer.

Wer tut was? – Ausbildungspolitik vor Ort

18. **Der Übergang in die Ausbildung als soziale und pädagogische Aufgabe**

Schule und Jugendhilfe müssen den Übergang der Jugendlichen in Ausbildung, Erwerbsarbeit und Beruf als ihre, auch gemeinsame Aufgabe begreifen.

19. **Intensivierung und Vernetzung der Beratungsangebote**

Bildungs- und Berufsberatung sollten frühzeitig einsetzen und den Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit kontinuierlich begleiten. Die Wirksamkeit berufsorientierender Maßnahmen muß durch eine Vernetzung der *unterschiedlichen Beratungsangebote* verbessert werden.

20. **Lokale Ausbildungspolitik**

Eine eigenständige kommunale Ausbildungspolitik ist unerlässlich. Die Kommune sollte die Verantwortung für die *Koordinierung aller Maßnahmen vor Ort* übernehmen. Zur Unterstützung von Maßnahmen der Jugendberufshilfe sind Konzepte alternativer Finanzierung gefragt.

Das Memorandum mit detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Empfehlungen kann von allen Interessierten kostenlos angefordert werden bei der Freudenberg Stiftung, Freudenbergstraße 2, 69469 Weinheim (Tel.: 0 62 01/1 74 98, Fax: 0 62 01/1 32 52).

(Peter-Werner Kloas)